

Anzeiger für den Kreis Bleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Bleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Bleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Bleßer Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Bleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Bleß Nr. 52

Nr. 116

Mittwoch, den 28. September 1932

81. Jahrgang

Hat Völkerbund noch Berechtigung?

De Valera über die bisherige Tätigkeit — Die Existenzberechtigung muß erwiesen werden — Krise über der Tagung

Genf. Die 13. ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes ist am Montag durch den amtierenden Ratspräsidenten, den irischen Ministerpräsidenten De Valera, eröffnet worden. 54 Völkerbundsmächte sind vertreten, darunter zum ersten Male die Türkei und Mexiko. Die deutschen Vertreter, der Reichsaußenminister, der Gesandte von Rosenbergh und Ministerialdirektor Gaus, sitzen auf der ersten Reihe unmittelbar vor dem Präsidium. England wird durch seinen Außenminister Sir John Simon, Frankreich durch Kriegsminister Paul Boncour vertreten. Die Diplomaten- und die Pressetribüne sind überfüllt. — Seit der Gründung des Völkerbundes hat sich diese Staatenorganisation noch niemals in einer ihre Existenz so bedrohenden Krise befunden. Auf allen Gebieten zeigen sich ernste Verfallserscheinungen. Die Abrüstung als Hauptaufgabe des Völkerbundes droht zu einer Katastrophe zu werden. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Völkerbundes hat seit Jahren lediglich schwere Mißerfolge aufzuweisen. Die Ministerkonferenzen sind heute Gegenstand scharfster Angriffe der gesamten internationalen Öffentlichkeit. Die im Völkerbundspakt verankerte Verpflichtung zur Erhaltung des Friedens erweist sich im japanisch-chinesischen Konflikt seit einem Jahr als ergebnislos. Selbst die innere Finanzlage des Völkerbundes ist bedrohlich. Die Jahresbeiträge der Staaten gehen nicht mehr ein. In allen Abordnungsreisen herrscht, wie selbst die hiesige französische Presse zugeben muß, eine ungewöhnlich gedrückte pessimistische Stimmung. Der Glaube an den Völkerbund ist fast überall geschwunden. Der Völkerbund wird nur noch von den unmittelbar an diesem Machtinstrument interessierten Großmächten England und Frankreich gehalten. Diese Vollversammlung des Völkerbundes kann zu einem entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte dieser großen, zur Aufrechterhaltung des Versailler Zustandes geschaffenen Organisation werden. Die Epoche der Völkerbundsdämmerung hat, wenn nicht alle Anzeichen trügen, begonnen.

De Valeras Eröffnungsrede in Genf

„Der Völkerbund muß jetzt seine Daseinsberechtigung nachweisen!“

Genf. Der irische Ministerpräsident De Valera hielt als amtierender Ratspräsident in der Eröffnungsitzung eine Rede, die entgegen der Tradition zweifellos nicht vom Völkerbundsekretariat stammt, sondern seine eigene Auffassung wiedergibt. De Valera führte u. a. aus:

Die bisherigen Ergebnisse auf der Abrüstungskonferenz sind weit unter dem geblieben, was sämtliche Völker erwarten haben.

Der Völkerbund muß jetzt seine Daseinsberechtigung nachweisen. Hierbei wird sich entweder seine Schwäche zeigen, die zum endgültigen Zusammenbruch führt oder eine Stärke, die zu neuem Glauben an ihn führt. Von allen Seiten häufen sich Kritiken, Verdacht, Klagen. Die Menschen jangen an, ungeduldig zu werden und fragen sich,

ob die bisherigen mageren Ergebnisse des Völkerbundes sein Bestehen rechtfertigen.

Kleine Staaten sollen eine bedeutungslose Rolle im Völkerbund spielen. Sie zweifeln, ob sich die Entsendung von Abordnungen nach Genf überhaupt noch lohnt. Der Zweifel wird überall laut.

ob nicht der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet lediglich die Interessen der Großmächte verfolgt, und ob der Völkerbund noch die Macht hat, die Einhaltung des Völkerbundsvertrages zu erzwingen. Der Völkerbund steht heute als Angeklagter auf der Anklagebank der öffentlichen Meinung.

Die einzige Rettung für den Völkerbund ist der Nachweis, daß jede Macht die übernommenen Verpflichtungen einhalten muß. Anstelle des Wettrüstens muß die Sicherheit der nationalen Rechte gesichert werden. Ein Erfolg der Abrüstungskonferenz ist entscheidend für den gesamten Völkerbund. Ebenso lebenswichtig ist die Durchführung der wirtschaftlichen Aufgaben. 25 Millionen Arbeitslose verlangen, daß die Mächte endlich handeln. Der Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft erfordert sofortige Taten.

Das Präsidium der Vollversammlung

Genf. Die 13. Vollversammlung des Völkerbundes wählte am Montag nachmittag ihr Präsidium, dem außer dem Präsidenten Politis die Präsidenten der fünf Ausschüsse, sechs Vizepräsidenten sowie als deren Mitglieder der Schweizer Bundespräsident Motta und der belgische Außenminister Hymans angehören.

Zu Vizepräsidenten wurden in namentlicher geheimer Abstimmung gewählt: Baron Aloisi-Italien mit 44 Stimmen, Simon mit 42 Stimmen, Herriot mit 42 Stimmen, Neurath mit 42 Stimmen, Medina, der Vertreter Nicaraguas, mit 38 Stimmen und der Pariser japanische Botschafter Nagata mit 34 Stimmen.

Ferner wurde als Vorsitzender des Tagesordnungsausschusses der türkische Außenminister Tewfik Rüşüdü Bey gewählt. Die Vollversammlung beschloß, die diesjährige Generalausgabe so schnell wie möglich abzuschließen und unverzüglich in die Ausschüßverhandlungen einzutreten.

Ein neuer Vorschlag zur Entspannung?

Simons Lösung zur Gleichberechtigung

Genf. Ueber den Vorschlag, den Simon zur Lösung der Gleichberechtigungsfrage ausgearbeitet haben soll, sind Gerüchte im Umlauf, die zunächst nicht kontrollierbar sind, jedoch verläutet nach französischen Mitteilungen, daß Simon folgenden Plan Herriot vorzulegen beabsichtigt:

Die Abrüstungskonferenz beschloß, daß das künftige Abrüstungsabkommen die alleinige und endgültige Regelung des Rüstungsstandes aller Länder bildet. Hierdurch tritt automatisch auch für Deutschland das künftige Abrüstungsabkommen an die Stelle des Teiles 5 des Versailler Vertrages. Im Rahmen des Abrüstungsabkommens werden die Rüstungen jedes Landes einzeln festgesetzt. Der Rüstungsstand Deutschlands wird so bemessen, daß die französischen Sicherheitsforderungen berücksichtigt und die von Frankreich geforderte Verbindung zwischen Abrüstungs- und Sicherheitsfrage hergestellt.

Von französischer Seite wird dazu weiter erklärt, daß auf der Grundlage eines solchen Planes Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage denkbar wären.

Genf. Das Büro der Abrüstungskonferenz hielt Montag nachmittag unter dem Vorsitz Hendersons eine Geheim-sitzung ab. Die Ergebnisse dieser Sitzung, an der Paul Boncour und Simon teilnahmen, wurden in der anschließenden öffentlichen Sitzung von Henderson bekanntgegeben. Das Büro hat beschlossen, in der Woche nach dem 10. Oktober über die Einberufung des Hauptauschusses, in dem sämtliche 64 Konferenzmächte vertreten sind, zu entscheiden. Nach der Verabreichung der Entscheidung vom 23. 7. ist eine vierwöchige Einberufungsfrist festgesetzt. Henderson erklärte, er hoffe, daß bis zum 10. Oktober die Berichte der einzelnen Ausschüsse und die Berichterstattung über die Wiederaufnahme der Arbeit des Hauptauschusses vorliegen wird. Ferner wurde beschlossen, Simon die Berichterstattung für die Verhandlungen der großen Seemächte über die Einberufung des Londoner und des Washingtoner Flottenabkommens in das künftige Abrüstungsabkommen zu übertragen. Die auf der Tagesordnung des Büros stehenden Punkte des Verbotes des Luftangriffes auf die Zivilbevölkerung und des Bombenabwurfes sollen auf der nächsten Sitzung erörtert



Regierungswechsel in Ungarn

Der ungarische Ministerpräsident Karolyi (rechts) ist mit seiner Regierung zurückgetreten. Als sein Nachfolger wird Graf Bethlen (links) genannt, der vorher zehn Jahre ununterbrochen Ministerpräsident war und der als der politische Führer des Landes gilt.

Gallot Eisenbahnminister?

Warschau. Im Zusammenhang mit der kommenden Rekonstruktion der Regierung wird auch das Eisenbahnministerium betroffen werden. Wie es heißt, soll an Stelle des kommissarischen Verwalters dieses Ministeriums Ingenieur Barszewicz, der das Ministerium nach Kuhn übernahm, der Arbeitsgeneralinspektor Gallot treten, der eine starke Stütze in der Oberstenregierung hat. Da auch verläutet, daß an Stelle Prystors, der bisherige Vizepremier Piernacki tritt, so würden noch vor dem Sejmzusammentritt zwei wichtige Änderungen im Kabinett eintreten, die nicht ohne Folgen auf den Regierungsturs bleiben werden.

Gemeindewahl in Rodensleben

Starker Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen.

Magdeburg. In Rodensleben (Kreis Wolmirstedt) fanden am Sonntag Gemeindewahlen statt. Abgegeben wurden 718 Stimmen. Davon erhielten die Sozialdemokraten 370 (bei der letzten Reichstagswahl 277), die Nationalsozialisten 188 (378), die Vereinigten Bürgerlichen 158 (79). Die Sozialdemokraten erhielten 9, die Nationalsozialisten 5 und die Bürgerlichen 4 Mandate.



Die einzige weibliche Delegierte für die Völkerbundversammlung

Mattha Bergara-Chile ist die einzige weibliche Delegierte für die am 26. September in Genf begonnene Völkerbundsvollversammlung.

Rücktritt des österreichischen Sicherheitsministers

Wien. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Sicherheitsminister Dr. Ad. Denzler den Bundeskanzler Dr. Dollfuß gebeten, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, der eine längere Erholung notwendig mache, dem Bundespräsidenten den Antrag seiner Amtsenthebung zu übermitteln.

Es besteht wohl kein unmittelbarer Anlaß zu der Auffassung, daß dieser Rücktritt den Beginn der Krise des Kabinetts Dollfuß bedeute.

Wie noch bekannt wird, ist bereits am Montag mit dem Wiener Heimwehrführer Major Fen über die Übernahme des Sicherheitsministeriums durch ihn verhandelt worden. Diese Verhandlungen, die dem Heimatschutz eine stärkere Sicherheit im Kabinett bieten sollen, sind noch nicht abgeschlossen. Sollte in kurzem keine Einigung erfolgen, so dürfte der Vizekanzler Winkler mit der Führung des Sicherheitsministeriums betraut werden.

Erdbeben in Sofia

Sofia. Am Montag um 21,20 Uhr wurde Sofia durch zwei heftige vertikale Erdstöße erschüttert, die eine allgemeine Panik verursachten. Bisher liegen keine Meldungen über Schäden vor.

